

DeZIM Briefing Notes +

DBN #10 | 23 Berlin, den 22. Mai 2023

Mehr Demokratie fördern!

Mehrheit sieht Demokratie unter Druck und befürwortet längerfristige Unterstützung der Zivilgesellschaft

DeZIM Briefing Notes

DBN #10 | 23 Berlin, den 22. Mai 2023

Mehr Demokratie fördern!

Mehrheit sieht Demokratie unter Druck und befürwortet
längerfristige Unterstützung der Zivilgesellschaft

Mehr Demokratie fördern!

Mehrheit sieht Demokratie unter Druck und befürwortet längerfristige Unterstützung der Zivilgesellschaft

J. Olaf Kleist, Mirjam Weiberg und Anja Schöll¹

ZENTRALE ERGEBNISSE

- Knapp vier von fünf Personen sehen die Demokratie in Deutschland zunehmend bedroht.
- 85 Prozent der Bevölkerung wünschen sich, dass sich die Bundesregierung noch stärker für eine lebendige und starke Demokratie einsetzt.
- Eine deutliche Mehrheit befürwortet eine längerfristige finanzielle Unterstützung für zivilgesellschaftliche Vereine, Initiativen und Organisationen durch den Staat.
- Dabei erfährt insbesondere der Einsatz für Betroffene von Diskriminierung eine hohe Zustimmung (64 %).

Einleitung

Demokratie ist kein Selbstläufer, sondern – insbesondere in Deutschland – ein historisch schwer erkämpftes Gut, das jederzeit geschützt und erhalten werden muss. Darüber hinaus besteht durch das Vorhandensein und die Zunahme gesellschaftlicher Radikalisierungstendenzen, Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und demokratiefeindlicher Einstellungen in unserer Gesellschaft die Notwendigkeit, die Demokratie und ihre Resilienz weitergehend zu stärken (vgl. z. B. Zick & Küpper 2021; Amlinger & Nachtwey 2022; DeZIM 2022). Zugleich ist heute umstritten, inwieweit Maßnahmen zur Demokratieförderung eine Aufgabe des Staates sein sollten.²

¹ Vielen Dank an Jannes Jacobsen für die Unterstützung bei der Auswertung der Daten.

² Vgl. die Bundestagsdebatte der ersten Lesung zum Demokratiefördergesetz <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw11-de-demokratiefoerderungsgesetz-936484> (15.05.2023) und die entsprechenden Anhörungen von Fachleuten im Bundestag <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw13-pa-familie-demokratiefoerderung-938952> (15.05.2023).

Die meisten **Maßnahmen des Bundes zur Demokratieförderung** werden aktuell über die beiden großen Sonderförderprogramme „Demokratie leben!“ (BMFSFJ) und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (BMI) realisiert (Kleist & Weiberg 2022). Die inhaltlichen Schwerpunkte liegen dabei auf Extremismusprävention, Demokratie- und Toleranzerziehung sowie Antidiskriminierung und Vielfaltgestaltung. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt mithilfe einer Vielzahl zivilgesellschaftlicher Organisationen und derer Mitglieder. Zu diesen gehören unter anderen Bildungseinrichtungen, politische Stiftungen, Sportvereine, Elterninitiativen, Selbst(hilfe)organisationen, Wohlfahrtsverbände, Organisationen von Betroffenen und von Communitys. Aufgrund rechtlicher Beschränkungen war die Finanzierung dieses zivilgesellschaftlichen Engagements aber bisher nur für befristete innovative (Modell-)Projekte möglich.

Um für den Bund eine eigene gesetzliche Grundlage zur Demokratieförderung zu schaffen und Maßnahmen auch nachhaltig fördern zu können, wurde seit 2020 Jahre zunächst über das „Wehrhafte Demokratiesgesetz“ (WDG) und später über das „**Demokratiefördergesetz**“ (DFördG) beraten.³ Letzteres befindet sich aktuell in der Endabstimmung im parlamentarischen Verfahren.⁴ Inwieweit das Gesetz mit den notwendigen finanziellen Mitteln hinterlegt wird und welche Aufgaben der Bund tatsächlich zu fördern bereit ist, ist aber noch offen. Trotz Gesetzentwurf bleibt die Frage bestehen: Gehört Demokratieförderung zu den staatlichen Pflichtaufgaben (wenn ja, in welchem Umfang) und besteht seitens der Bevölkerung Zustimmung für deren Finanzierung?

Was wir untersucht haben

Das DeZIM-Institut hat in diesem Zusammenhang untersucht, ob und inwiefern die Bevölkerung in Deutschland 1) die Demokratie bedroht sieht, 2) ein größeres Engagement für Demokratie seitens der Bundesregierung wünscht und 3) die Unterstützung der Zivilgesellschaft zum Erreichen demokratiepolitischer Ziele befürwortet. Die hier vorliegenden Daten basieren auf einer repräsentativen Befragung (n = 2460), die im Zeitraum von fünf Wochen im April und Mai 2023 im Rahmen der sechsten Erhebungswelle des Online Access Panels des DeZIM (DeZIM.panel) durchgeführt wurde (Döllmann et al. 2023).

³ Das WDG wurde in der 19. Legislaturperiode unter der Koalition aus CDU/CSU und SPD initiiert, aber nicht verabschiedet; das DFördG wurde in der 20. Legislaturperiode unter der Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP initiiert und befindet sich aktuell im Prozess der Abstimmung im Bundestag.

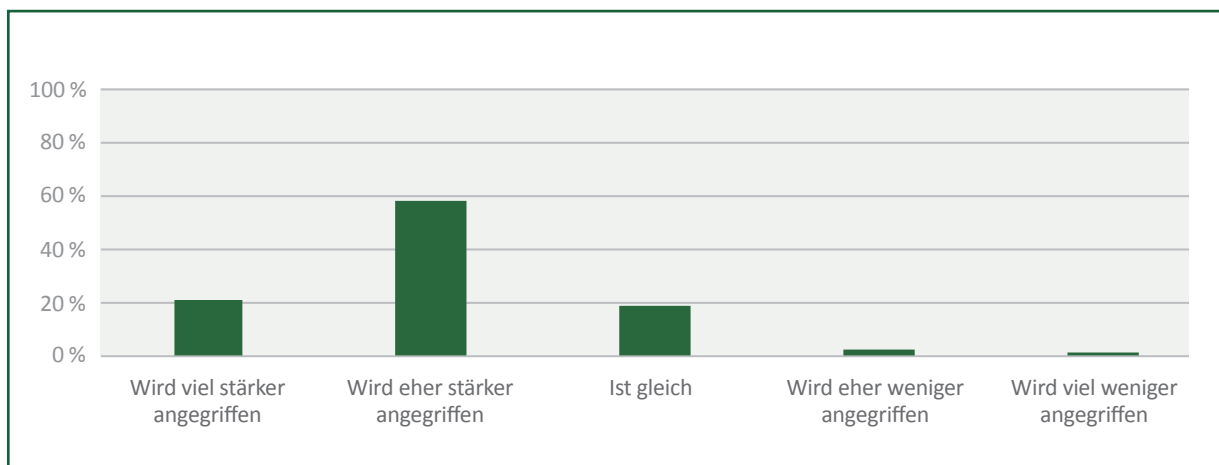
⁴ Deutscher Bundestag (2023): Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung, (Demokratiefördergesetz – DFördG) (BT-Drucksache 20/5823), 01.03.2023, Berlin. Online verfügbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/058/2005823.pdf> (15.05.2023).

Unsere Ergebnisse

Die Bevölkerung sieht eine zunehmende Bedrohung der Demokratie

Die Demokratie gerät zunehmend unter Druck. Diese Wahrnehmung wird von weiten Teilen der deutschen Gesellschaft geteilt. Knapp vier von fünf Personen (78,9 %) stimmen der Aussage zu, dass die Demokratie heute stärker angegriffen wird als noch vor fünf Jahren (Abbildung 1). Und vielleicht noch wichtiger: Die Feststellung an sich, dass eine Bedrohung der Demokratie besteht, wird kaum in Frage gestellt. Nur 3,4 Prozent finden, dass die Demokratie weniger angegriffen wird als noch zuvor. Entsprechend scheint es einen großen gesellschaftlichen Bedarf zu geben, sich aktiv um den Erhalt und die Verbreitung demokratischer Werte und Normen zu bemühen.

Abbildung 1. „Denken Sie, dass die Demokratie in Deutschland stärker angegriffen wird als vor 5 Jahren?“



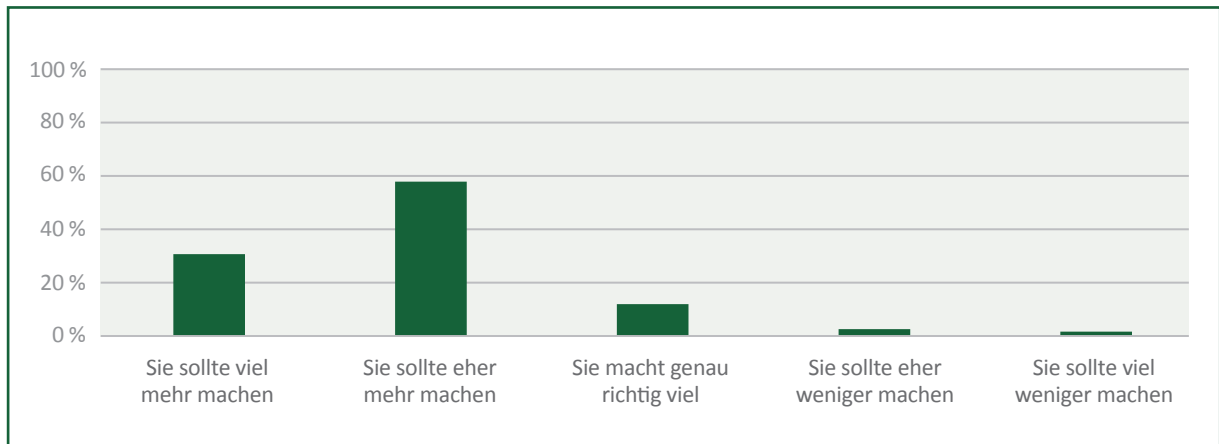
Quelle: 6. Erhebungswelle des Online Access Panels, Mai 2023 © DeZIM

Mehr staatliches Engagement für die Demokratie gefordert

Tatsächlich wird seitens der Bevölkerung nachdrücklich der Wunsch geäußert, den zunehmenden Angriffen auf die Demokratie entgegenzuwirken. 84,9 Prozent der Befragten sehen es als Aufgabe der Bundesregierung, sich noch stärker für eine lebendige und starke Demokratie einzusetzen (Abbildung 2). Ein Wunsch nach mehr Demokratieförderung durch die Bundesregierung besteht dabei in Teilen also auch dann, wenn kein Anstieg in der Bedrohung der Demokratie wahrgenommen wird.

Bei der hohen Zustimmung zu einer verstärkten Demokratieförderung durch die Bundesregierung („Sie sollte eher mehr“ / „... viel mehr machen“) zeigen sich kaum Unterschiede aufgrund von soziodemografischen Hintergründen. Nur die Intensität der Zustimmung (vergleichsweise höhere Zustimmung zu „viel mehr“, geringere Zustimmung zu „eher mehr“) ist bei Frauen, Personen mit niedrigerem Schulabschluss und Personen mit geringerem Einkommen etwas höher. Eine insgesamt höhere Zustimmung für mehr staatliche Demokratieförderung ist bei Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft zu beobachten (85,7 % gegenüber 79,4 % bei Nichtdeutschen).

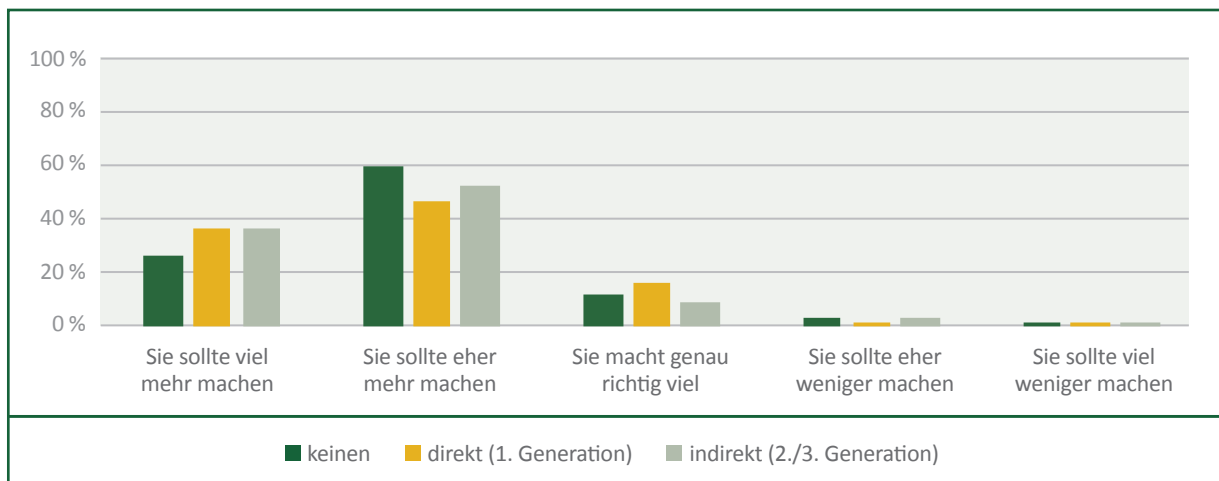
Abbildung 2. „Wie bewerten Sie das Engagement der Bundesregierung für eine lebendige und starke Demokratie?“



Quelle: 6. Erhebungswelle des Online Access Panels, Mai 2023 © DeZIM

Differenziert man nach Migrationshintergrund (Abbildung 3), so wünschen sich alle Gruppen ganz überwiegend mehr Engagement in der Demokratieförderung durch die Bundesregierung. Personen ohne Migrationshintergrund und die direkten Nachfahren von Immigrant*innen, also die sogenannte zweite und dritte Generation, wünschen sich etwa in gleichem Maße einen größeren staatlichen Einsatz für Demokratie (85,2 % bzw. 87,6 %). Bei jenen mit Migrationsgeschichte in der Familie ist eine intensivere Zustimmung („viel mehr“) sichtbar. Personen, die selbst nach Deutschland eingewandert sind, denken diesbezüglich fast doppelt so häufig wie andere, dass die Bundesregierung genau richtig viel macht (16,1 % im Vergleich zu 11,1 % bzw. 8,3 %), und signalisieren damit etwas weniger Zustimmung, dass die Bundesregierung noch mehr tun sollte (82,0 %). Einfluss auf die unterschiedliche Bewertung der Regierungspolitik im Bereich Demokratieförderung innerhalb der Gruppe von Personen mit Migrationshintergrund könnten einerseits Marginalisierungserfahrungen und andererseits Assimilationsdruck genommen haben.

Abbildung 3. „Wie bewerten Sie das Engagement der Bundesregierung für eine lebendige und starke Demokratie?“ – Differenziert nach Migrationshintergrund



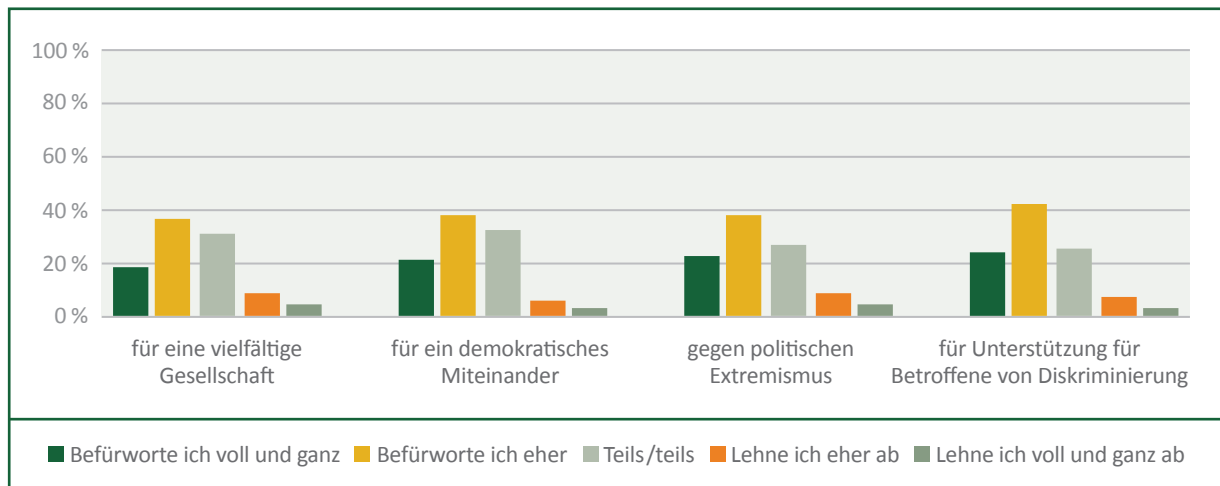
Quelle: 6. Erhebungswelle des Online Access Panels, Mai 2023 © DeZIM

Längerfristige finanzielle Unterstützung der Zivilgesellschaft gewünscht

Staatliche Demokratieförderung findet in Deutschland überwiegend mittels der genannten Sonderförderprogramme statt, über die Projekte in zivilgesellschaftlichen Organisationen, Vereinen und Initiativen befristet finanziert werden. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung würde aber eine längerfristige finanzielle Unterstützung der Zivilgesellschaft in ihrem Einsatz für eine vielfältige Gesellschaft (55,5 %), für ein demokratisches Miteinander (58,8 %), gegen politischen Extremismus (60,0 %) beziehungsweise zur Unterstützung von Betroffenen von Diskriminierung (65,5 %) befürworten (Abbildung 4). Nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung lehnt eine längerfristige finanzielle Hilfe des Staates für die zivilgesellschaftlichen Organisationen ab.

Je höher der Bildungsabschluss, desto mehr Zustimmung erfährt eine vermehrte staatliche Finanzierung des zivilgesellschaftlichen Engagements. Das Engagement gegen Diskriminierung findet besonders viel Zuspruch. Diese Zustimmung ist etwas höher bei Frauen und Jüngeren sowie bei Personen, die politisch engagiert sind. Die Zustimmung ist intensiver (vergleichsweise mehr „voll und ganz“-Befürwortung und weniger „eher“-Befürwortung) bei Menschen mit geringerem Einkommen, bei Personen aus Ostdeutschland sowie bei Nachkommen von Immigrant*innen (2. und 3. Generation).

Abbildung 4. „Finden Sie, dass Vereine, Initiativen und Organisationen, die sich [...] einsetzen, über mehrere Jahre finanziell vom Staat unterstützt werden sollten?“



Quelle: 6. Erhebungswelle des Online Access Panels, Mai 2023 © DeZIM

Fazit

Die Förderung der Demokratie durch die Bundesregierung erfährt, nicht zuletzt aufgrund der Wahrnehmung einer zunehmenden Bedrohung demokratischer Werte und Normen, eine sehr starke und breite Zustimmung in der Bevölkerung. Das betrifft auch die längerfristige finanzielle Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen, Initiativen und Vereine, welche sich für Vielfalt und Demokratie sowie gegen politischen Extremismus und Diskriminierung engagieren. Auch wenn die Details des geplanten Demokratiefördergesetzes bisher über eine Fachöffentlichkeit hinaus wenig Aufmerksamkeit erfahren haben, findet das damit verbundene Ziel – nämlich der Bundesregierung mehr Handlungsspielraum für Demokratieförderung, Radikalisierungsprävention, Vielfaltgestaltung und Antidiskriminierungsarbeit einzuräumen –, großen Rückhalt in der Gesellschaft.

LITERATURVERZEICHNIS

- **Amlinger, Carolin und Nachtwey, Oliver (2022):** Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus. Berlin: Suhrkamp.
- **Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) (2022):** Rassistische Realitäten: Wie setzt sich Deutschland mit Rassismus auseinander? Auftaktstudie zum Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa), Berlin. Online verfügbar unter: <https://www.dezim-institut.de/publikationen/publikation-detail/rassistische-realitaeten-wie-setzt-sich-deutschland-mit-rassismus-auseinander/>.
- **Dollmann, Jörg; Mayer, Sabrina Jasmin; Lietz, Almuth; Siegel, Madeleine and Köhler, Jonas (2023):** DeZIM.panel – Data for Germany’s Post-Migrant Society. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 243 (1), S. 93–108. DOI: <https://doi.org/10.1515/jbnst-2022-0025>.
- **Kleist, J. Olaf und Weiberg, Mirjam (2022):** Demokratieförderung zwischen Staat und Zivilgesellschaft: Zur Entwicklung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 35 (1), S. 186–202. DOI: <https://doi.org/10.1515/fjsb-2022-0011>.
- **Zick, Andreas und Küpper, Beate (2021):** Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung v. Franziska Schröter. Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf.

ÜBER DIE AUTOR*INNEN

J. Olaf Kleist

Dr. J. Olaf Kleist ist Politikwissenschaftler mit den Schwerpunkten Flucht- und Flüchtlingsforschung sowie Demokratieförderung und seit 2020 Co-Leiter der Fachgruppe „Demokratie, Transfer und Politikberatung“ am DeZIM-Institut. Er promovierte 2012 an der Freien Universität Berlin, nach Forschungsaufenthalten in Melbourne und Oxford, mit einer Arbeit über das Verhältnis von Migrations- und Erinnerungspolitik am Beispiel Australiens. Er arbeitete als Postdoc am IMIS, Universität Osnabrück und für zwei Jahre als DFG Research Fellow am Refugee Studies Centre, Universität Oxford, bevor er an das IMIS zurückkehrte, wo er ein BMBF-gefördertes Verbundprojekt zum Stand der Flucht- und Flüchtlingsforschung koordinierte. Er ist Gründer und war bis vor Kurzem Vorsitzender des Netzwerks Fluchtforschung.

Mirjam Weiberg

Dr. Mirjam Weiberg ist Leiterin der Fachgruppe „Demokratie, Transfer und Politikberatung“ am DeZIM-Institut. Sie studierte Politikwissenschaft, Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Germanistik an der Georg-August-Universität Göttingen und der Universität Rostock und promovierte in Internationaler Politik zum Umgang mit ethnisch-religiösen Konflikten. Zu den Schwerpunkten ihrer Forschungs- und Lehrtätigkeiten gehören Evaluation, Religion und Politik, Demokratie und Demokratieförderung, Friedens- und Konfliktforschung sowie Biopolitik mit den Länderschwerpunkten Deutschland, Großbritannien, Irland, Italien, Norwegen, USA, Sri Lanka und Indien. Seit 2021 ist sie Sprecherin des Arbeitskreises „Demokratie“ in der Deutschen Gesellschaft für Evaluation.

Anja Schöll

Anja Schöll ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Fachgruppe „Demokratie, Transfer und Politikberatung“ am DeZIM-Institut. Sie hat Psychologie im Bachelor an der Universität Regensburg und im Master an der Universität Potsdam studiert sowie den Master in Soziokulturellen Studien an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) absolviert. Bevor sie sich vermehrt der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ zuwandte, beschäftigte sie sich mit Traumata und Traumafolgelastungen aufgrund von Fluchterfahrungen sowie sozialen Inklusionsprozessen in der psychiatrischen Versorgung und publizierte zu Schadenfreude und Mimikry im Journal *Philosophical Transactions* der Royal Society B.

IMPRESSUM

© Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V., 2023. Alle Rechte vorbehalten.

Kleist, J. Olaf; Weiberg, Mirjam und Schöll, Anja (2023):
Mehr Demokratie fördern! Mehrheit sieht Demokratie unter Druck und befürwortet längerfristige Unterstützung der Zivilgesellschaft. DeZIM Briefing Notes 10, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).

DeZIM Briefing Notes geben die Auffassung der Autor*innen wieder.

Herausgeber



Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V.

Mauerstraße 76
10117 Berlin

+49 (0)30 200 754 130

presse@dezim-institut.de

www.dezim-institut.de

Autor*innen

Dr. J. Olaf Kleist, Dr. Mirjam Weiberg und Anja Schöll

Redaktion

Eleni Pavlidou

Layout

neonfisch.de

Satz

Linda Wölfel

ISBN

978-3-948289-56-0

Das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) ist eine Forschungseinrichtung, die durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert wird. Es forscht zu den Themenfeldern Integration und Migration, Konsens und Konflikt sowie gesellschaftliche Teilhabe und Rassismus. Das DeZIM stützt sich auf zwei Säulen: das DeZIM-Institut und die DeZIM-Forschungsgemeinschaft. Es wurde 2017 gegründet und hat seinen Sitz in Berlin-Mitte.

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
